

IGOKD * Neil-Armstrong-Str. 1b * 63457 Hanau a.M.

Hanau am Main / Berlin cm/ mm 2026

05.08.Juli 2026

Empfänger: Bundesbeauftragte für die Opfer der
SED-Diktatur Frau Evelyn Zupke

Platz der Republik 1

Berlin

Fraktionsvorsitzende der Bundestags Fraktionen

Datum: [05.08.2026]

Betreff: *Unzureichende Umsetzung der Vermutungsregel nach HHG 1
und StrRehaG – fachlich problematische Begutachtungspraxis 36 Jahre
nach der Haft, dringender parlamentarischer Klärungsbedarf und
Vorschlag für eine bundeseinheitliche Lösung*

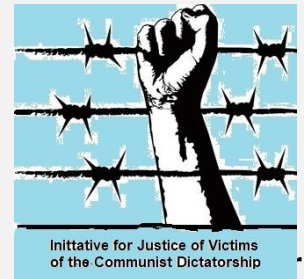
Sehr geehrte Frau Bundesbeauftragte,

sehr geehrte Damen und Herren der Bundestagsfraktionen,

als Dachverband **IGOKD – Interessengemeinschaft ehemaliger Opfer
kommunistischer Diktaturen** wenden wir uns mit großer Sorge an Sie.
Seit Inkrafttreten der Novellierung des **HHG 1** und des **StrRehaG** zum
01.07.2025 erreichen uns bundesweit Berichte über erhebliche
Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung der gesetzlichen
Vorgaben – insbesondere der **Vermutungsregel zur Anerkennung von
Gesundheitsschäden infolge politischer Haft**.

1. Die Vermutungsregel wird nicht konsequent angewendet

Die Vermutungsregel wurde eingeführt, um die Betroffenen zu entlasten
und die Anerkennung von Gesundheitsschäden zu erleichtern. Sie sollte
sicherstellen, dass gesundheitliche Folgeschäden **grundsätzlich als
haftbedingt vermutet** werden, sofern keine atypischen Umstände
vorliegen.



**Gerechtigkeit
der Opfer der
kommunistischen
Diktatur e.V.
IGOKD / Dachverband**

Sektion Deutschland

Neil-Armstrong-Straße 1b
D - 63457 Hanau am Main

1.Vorsitzender
Mike Mutterlose

Stellv. Vorsitzender
Dr. Hans D. Ripperger

Schatzmeisterin
Andrea Rugbarth

Beisitzer
Gundhardt Lässig
Andreas Hartlep

Kontoverbindung Deutsche
Skatbank

IBAN
DE59 8306 5408 0005 4337 97
BIC
GENODEF1SLR

**www.initiative-fuer-
gerechtigkeit-von-sed-
opfern.de**

ini.gerechtigkeit@gmx.de

In der Praxis beobachten wir jedoch:

- dass die Vermutungsregel **nicht konsequent angewendet** wird,
- dass medizinische Dienste weiterhin **umfangreiche Nachweise** verlangen,
- dass Gutachten erstellt werden, die die Vermutungsregel **nicht berücksichtigen**,
- dass Bescheide ergehen, die **keinen Bezug** zu eingereichten Diagnosen haben,
- dass Widersprüche **nicht fristgerecht** bearbeitet werden.

Dies widerspricht dem gesetzgeberischen Ziel der Novelle und führt zu erheblichen Belastungen für die Betroffenen.

2. Groteske Begutachtungspraxis: medizinische Bewertung 36 Jahre nach der Haft

Besonders problematisch ist die Tatsache, dass ehemalige politische Häftlinge – wie im Fall von Herrn **Peter Plach** – heute, **36 Jahre nach der Haft**, noch immer durch den medizinischen Dienst begutachtet werden müssen, als sei eine unmittelbare medizinische Beweisführung möglich.

Diese Praxis ist fachlich nicht vertretbar:

- Traumafolgen politischer Gewalt sind **Langzeitschäden**, die sich über Jahrzehnte manifestieren.
- Eine Begutachtung nach 36 Jahren kann **keine unmittelbaren Befunde der Haftzeit** mehr erheben.
- Die Vermutungsregel wurde gerade eingeführt, um diese **absurde Beweislastumkehr** zu verhindern.
- Die aktuelle Praxis zwingt Betroffene, ihre Haftfolter erneut detailliert zu schildern – mit **retraumatisierender Wirkung**.
- Die Begutachtungspraxis widerspricht dem **Schutzzweck des Gesetzes** und dem politischen Willen des Gesetzgebers.

Die Situation ist daher nicht nur fachlich unhaltbar, sondern auch **menschenrechtlich bedenklich**.

3. Retraumatisierende Wirkung der Behördenpraxis

Viele ehemalige politische Häftlinge berichten von:

- unsensibler Kommunikation,

- fehlender Kenntnis über politische Haft und deren Langzeitfolgen,
- wiederholten Nachfragen, die als Misstrauen empfunden werden,
- langen Wartezeiten und fehlenden Rückmeldungen,
- unvollständigen oder fehlerhaften medizinischen Stellungnahmen.

Diese Erfahrungen reproduzieren Strukturen der damaligen Haft – Ohnmacht, fehlende Kontrolle, Nichtbeachtung – und wirken **retraumatisierend**.

4. Beispielhafte Fallkonstellation

Der Fall des politischen Häftlings **Peter Plach** zeigt exemplarisch:

- jahrelange Verfahrensverzögerungen,
- unvollständige versorgungsärztliche Stellungnahmen,
- Nichtbeachtung eingereicherter Diagnosen (u. a. PTBS, Depressionen),
- Nichtbearbeitung von Widersprüchen,
- Bescheide ohne Bezug zur Vermutungsregel,
- und die fachlich absurde Situation, dass ein medizinischer Dienst im Jahr 2026 versucht, Gesundheitsschäden aus dem Jahr 1989 „neu“ zu begutachten.

Solche Fälle sind **keine Einzelfälle**, sondern Ausdruck eines **bundesweiten strukturellen Problems**. Das kann nicht im Interesse des Gesetzgebers sein.

5. Dringender Appell an die Politik: unverzügliche Befassung im Ausschuss für Arbeit und Soziales im deutschen Bundestag

Angesichts der beschriebenen Missstände in den Behörden appellieren wir eindringlich an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, den Zustand der Umsetzung der Novelle vom 01.07.2025 **unverzüglich im Ausschuss für Arbeit und Soziales zu erörtern**.

Nach **36 Jahren deutscher Wiedervereinigung** ist es nicht hinnehmbar, dass ehemalige politische Häftlinge weiterhin:

- mit unvollständigen Gutachten,
- mit nicht angewendeter Vermutungsregel,
- mit jahrelangen Verfahrensverzögerungen,
- mit retraumatisierenden Behördenkontakten,

- und mit fachlich unhaltbaren Begutachtungen konfrontiert werden.

Wir bitten den Ausschuss daher:

- die Umsetzungslage bundesweit zu evaluieren,
- die medizinischen Dienste und Versorgungsämter zur Stellungnahme zu verpflichten,
- die Anwendung der Vermutungsregel verbindlich zu klären,
- und Maßnahmen zu ergreifen, die den Betroffenen endlich eine **positive, rechtssichere und würdige Lösung** ermöglichen.

6. Vorschlag der IGOKD: bundeseinheitliche Lösung und pauschaler GdS von 50 %

Aufgrund der gravierenden strukturellen Probleme schlagen wir als Dachverband IGOKD vor:

Bundeseinheitliche Zuständigkeit

Die Zuständigkeit für die Anerkennung von Gesundheitsschäden politischer Häftlinge sollte den Ländern entzogen und auf eine **bundesweite zentrale Stelle** übertragen werden.

Begründung:

- Die Länder wenden die Vermutungsregel uneinheitlich an.
- Die medizinischen Dienste arbeiten mit stark unterschiedlichen Qualitätsstandards.
- Die Bearbeitungszeiten variieren erheblich.
- Die Betroffenen werden je nach Wohnort **ungleich behandelt**.

Eine bundeseinheitliche Lösung würde:

- Gleichbehandlung sicherstellen,
- Qualität der Begutachtung verbessern,
- Verfahrensdauer verkürzen,
- Retraumatisierungen vermeiden.

Pauschaler GdS von 50 % für alle politisch Verfolgten des SED-Regimes

Wir schlagen vor, allen politisch Verfolgten/ Häftlingen die Rehabilitiert sind **per se einen GdS von mindestens 50 %** zuzuerkennen.

Begründung:

- Politische Haft in der DDR war systematisch mit psychischer und physischer Gewalt verbunden.
- PTBS, Depressionen, somatische Langzeitschäden und soziale Folgeschäden sind **Regelfolgen**, nicht Ausnahmefälle.
- Die Vermutungsregel bestätigt, dass die Haft als schädigendes Ereignis **grundsätzlich** anzuerkennen ist.
- Eine pauschale Lösung würde die groteske Begutachtungspraxis nach 36 Jahren beenden.
- Sie würde die Betroffenen entlasten und die Verwaltung erheblich vereinfachen.

Ein pauschaler GdS von 50 % wäre ein **angemessener, würdiger und rechtssicherer Schritt**, um die Folgen politischer Verfolgung endlich zu bereinigen.

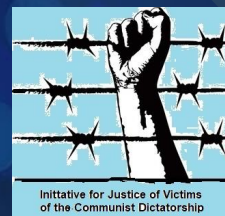
7. Schlussbemerkung

Die Novelle vom 01.07.2025 war ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Situation politischer Häftlinge. Damit sie ihre Wirkung entfalten kann, muss die Umsetzung jedoch **konsequent, einheitlich und opferfreundlich** erfolgen. Die aktuelle Begutachtungspraxis – insbesondere 36 Jahre nach der Haft – ist fachlich nicht haltbar und widerspricht dem gesetzgeberischen Willen.

Wir bitten Sie daher um Ihre Unterstützung, um die bestehenden Missstände zu beheben und eine erneute Retraumatisierung der Betroffenen zu verhindern.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Mike Mutterlose



Bundesvorsitzender der IGOKD Dachverband der Opfer
kommunistischer Diktatur e.V. Dachverband

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'R' followed by a horizontal line and a small flourish.

Bundesvorsitzender der IGOKD

Vorsitzender

Der Vereinigung(AK) 17.Juni 1953 e.V.



Initiative for Justice of Victims
of the Communist Dictatorship